

FORDERUNGEN VON FRIDAYS FOR FUTURE DEUTSCHLAND AN DIE DEUTSCHEN VERTRETER*INNEN AUF EU-EBENE



Die Europäische Union verfehlt mit ihren aktuellen Klimaschutzambitionen das 1,5 °C-Ziel sehr deutlich. Auch die bisherigen Bemühungen Deutschlands im Rahmen der Ratspräsidentschaft werden dem 1,5 °C-Ziel in keiner Weise gerecht.

Fridays for Future Deutschland sieht sich daher in der Pflicht, Schritte zur Einhaltung des 1,5 °C-Ziels aufzuzeigen.

Die folgenden Forderungen richten sich an alle deutschen Entscheidungsträger*innen auf EU-Ebene, auch über die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft hinaus; die Maßnahmen, die sich aus den Forderungen ergeben, müssen jedoch im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft begonnen werden:

Die Europäische Union muss bis zum Jahr 2035 Treibhausgas-Nettonull erreichen. Dafür ist eine Reduktion der Treibhausgase um 80% bis zum Jahr 2030 unabdingbar.

Um diese Reduktionsziele erreichen zu können, benötigt es:

1. ein **rechtlich verpflichtendes CO₂-Budget** für die Europäische Union **von ab sofort noch 20 Gigatonnen**, welches sich aus den oben genannten Reduktionszielen ergibt und sich in abnehmende Jahresbudgets aufteilt.
2. die **Einhaltung der Reduktionsziele sowie der planetaren Grenzen als höchste Ziele** der Europäischen Union*, welche in Abwägungssituationen auch höher als das Wirtschaftswachstum gewichtet werden.
*neben Menschenrechten und Demokratie
3. die **Abschaffung aller Subventionen für fossile Energieträger** in der gesamten Europäischen Union.
4. die **Angleichung der Klima- und Umweltrichtlinien in allen Handelsverträgen** an das verfügbare CO₂-Budget und die planetaren Grenzen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und historischen Emissionsverantwortung ist die EU in der Pflicht, die Umsetzung finanziell und technisch maßgeblich zu unterstützen, ohne in die Souveränität der beteiligten Länder einzugreifen.
5. eine **ganzheitliche Umstrukturierung der europäischen Agrarsubventionen**, eine Verringerung der Tierbestände und die Wiedervernässung von Mooren, sowie eine maßgebliche Förderung von Negativ-Emissionen generierenden Praktiken wie Agroforstsystemen.